

Ein Land am Tropf

Ukraine. Das Land kämpft nicht nur politisch ums Überleben, ihm droht auch der wirtschaftliche Zusammenbruch. Woher die Finanzhilfen kommen sollen, um den Staatsbankrott abzuwenden, weiß niemand so recht.

Jahrelang hat die Ukraine eine laxe Fiskalpolitik betrieben – das rächt sich nun. Starke Renten- und Lohnsteigerungen sowie Subventionen für die inländischen Gasverbraucher haben das Budgetdefizit in die Höhe getrieben – von 2,8 Prozent der Wirtschaftsleistung 2011 auf heute geschätzte 5,1 Prozent. Paral-

lel dazu ist die Staatsverschuldung von 37 Prozent des Bruttoinlandsprodukts auf 46 Prozent gestiegen.

Nun braucht die Ukraine dringend Geld – nicht zuletzt, um die in diesem Jahr fällig werdenden Fremdwährungsschulden von 10 Milliarden Dollar zu begleichen. Die drohende Staatspleite abzuwenden ist

aber gar nicht so einfach. So wollte das Land Ende Februar einen Kredit über 2 Milliarden Dollar aufnehmen. Das Geld hätte aus Russland kommen sollen, doch der große Nachbar hat seine Zahlungen aus politischen Gründen gestoppt.

Und auch der Westen hielt sich bedeckt: Kredite der EU und des Internationalen Währungsfonds waren in der Vergangenheit schon daran gescheitert, dass die Regierung in Kiew die damit verbundenen schmerzhaften Reformen wie den Stopp der Subventionierung der inländischen Erdgaspreise nicht akzeptieren wollte. Die EU-Kommission will allerdings jetzt der vom Staatsbankrott bedrohten Ukraine mit mindestens 11 Milliarden Euro beistehen, aber gestreckt über mehrere Jahre. Die Weltbank hat angekündigt, die Ukraine zusätzlich mit 3 Milliarden Dollar zu unterstützen.

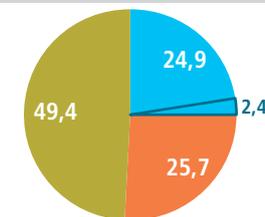
Dass sich das Land selbst aus dem Sumpf zieht, ist ebenfalls unwahrscheinlich. Die Wirtschaft wuchs 2012 und 2013 nur um magere 0,2 bzw. 0,4 Prozent. Für 2014 sind →

Ukraine: Spagat zwischen Ost und West

■ EU, darunter ■ Deutschland ■ Russland ■ Andere

Exporte der Ukraine
in Milliarden Euro
53,5

Anteil an den ukrainischen
Warenexporten im Jahr 2012
in Prozent

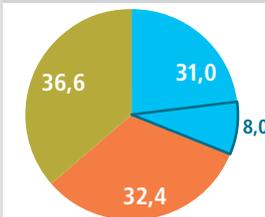


Wichtigste
Exportgüter

Eisen und Stahl
Eisen und Stahl,
Elektrotechnik,
Rohstoffe
Maschinen und
Fahrzeuge

Importe der Ukraine
in Milliarden Euro
65,9

Anteil an den ukrainischen
Warenimporten im Jahr 2012
in Prozent



Wichtigste
Importgüter

Maschinen und
Fahrzeuge
Chemische Erzeug-
nisse, Maschinen,
Kraftfahrzeuge
und Teile
Gas und andere
Brennstoffe

Ursprungsdaten: Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen

iw Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien · iwd 11

Inhalt

Klimawandel. Global agierende Großunternehmen in Deutschland spüren die Folgen des Klimawandels immer deutlicher – vor allem staatliche Regulierungen.
Seite 3

Willkommenskultur. Deutschland braucht qualifizierte Zuwanderung aus dem Ausland, um dem demografischen Wandel entgegenzuwirken. Eine gelebte Willkommenskultur ist dabei hilfreich.
Seite 4-5

Vereinigtes Königreich. Im September stimmen die Schotten ab, ob sie unabhängig sein wollen. Eine Loslösung von England, Wales und Nordirland hätte weitreichende Folgen.
Seite 6-7

Equal Pay Day. Frauen verdienen im Durchschnitt deutlich weniger als Männer. Dafür verantwortlich sind viele Faktoren – besonders die langen Babypausen.
Seite 8

iw Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Präsident:
Arndt Günter Kirchhoff
Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
Verbände und Unternehmen
in Deutschland

→ zwar 1,5 Prozent vorhergesagt, in Anbetracht der aktuellen politischen Entwicklung dürfte die Prognose aber längst Makulatur sein.

Die Ukraine sitzt auch wirtschaftlich zwischen den Stühlen:

Russland-Handel. Ein gutes Viertel der ukrainischen Exporte geht nach Russland – insbesondere Maschinen und andere Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes (Grafik Seite 1). Noch wichtiger ist der große Nachbar aber als Lieferant für die Ukraine. Die Warenimporte aus Russland machten 2012 ein knappes Drittel aller Importe aus – 2009 waren es erst 23 Prozent. Zwei Drittel der Importe aus Russland entfallen auf Energielieferungen, die Hälfte allein auf Gaslieferungen.

EU-Handel. Die Union ist für die Ukraine der zweite, nicht minder wichtige Handelspartner. Das Land verkaufte 2012 ein Viertel seiner Exporte an die EU. Davon wiederum entfiel gut ein Fünftel auf Produkte

der Eisen- und Stahlindustrie. Umgekehrt kam ein Drittel aller Importgüter der Ukraine aus der EU.

Der wichtigste europäische Lieferant ist Deutschland mit einem Einfuhranteil von 8 Prozent – vor allem chemische Erzeugnisse, Maschinen und Autos made in Germany sind in der Ukraine begehrt.

Für den deutschen Außenhandel ist die Ukraine jedoch kein allzu großes Schwergewicht. Bei den Ausfuhren rangiert das Land auf Platz 37, bei den Einfuhren auf Platz 54.

Deutsche Investoren finden die Ukraine insbesondere aufgrund der geringen Arbeitskosten von 3 Euro pro Stunde (Deutschland: 37 Euro) attraktiv. Laut Schätzungen des Deutschen Industrie- und Handelskammertags sind dort mehr als 2.000 deutsche Unternehmen aktiv. Die Direktinvestitionen aus der Bundesrepublik beliefen sich bis einschließlich des Jahres 2011 auf 2,8 Milliarden Euro – weltweit haben Deutsche

1.100 Milliarden Euro in ausländische Firmenbeteiligungen und Niederlassungen gesteckt.

Ob die Ukraine vor einer politischen Spaltung steht, werden die nächsten Wochen und Monate zeigen. Wirtschaftlich ist das Land längst dreigeteilt. Die starken Regionen befinden sich eindeutig im Osten des Landes und im Umfeld der Hauptstadt. Die fünf östlichsten Regionen erwirtschaften mehr als ein Drittel des ukrainischen Bruttoinlandsprodukts (BIP), die fünf westlichsten nur 10 Prozent. Einzig die Hauptstadt Kiew trägt noch nennenswert zum BIP bei, nämlich zu einem Fünftel.

Ähnlich sieht es bei der Arbeitslosigkeit aus. Im östlichen Dnipropetrowsk betrug die Arbeitslosenquote im Jahr 2012 nur 6,8 Prozent, auf der Krim 5,9 Prozent und in Kiew 5,8 Prozent. Westlich der Hauptstadt ist dagegen jeder zehnte Erwachsene ohne Job.

Seit Jahrzehnten haben es Menschen ohne Berufsausbildung auf dem Arbeitsmarkt schwer. Ihre Arbeitslosigkeit ist um ein Vielfaches höher als bei Personen mit beruflichen oder akademischen Abschlüssen. Ein Grund: Güter, für deren Herstellung einfache Arbeit eingesetzt wird, können aus Ländern importiert werden, in denen die Lohnkosten geringer sind. Schließlich ist ein chinesischer Geringqualifizierter nicht weniger produktiv als ein Deutscher. Zudem lassen sich einfache Tätigkeiten leichter durch Maschinen ersetzen als komplexe Tätigkeiten. So fielen im Laufe der vergange-

nen Jahrzehnte viele Jobs in Deutschland der Rationalisierung zum Opfer.

Wenn die Rahmenbedingungen stimmen, können aber trotz dieser schlechten Vorzeichen neue Arbeitsplätze für Geringqualifizierte entstehen. Voraussetzung ist, dass sich die Arbeit für beide Seiten lohnt. Die Agenda-Reformen haben für Arbeitgeber die Anreize verbessert, einfache Arbeitsplätze einzurichten, und sie haben für Arbeitnehmer die Aufnahme solcher Tätigkeiten attraktiver gemacht. Deshalb ist in den vergangenen Jahren im Hochlohnland

Deutschland die Beschäftigung gerade in jenen Branchen gestiegen, die einen hohen Anteil von Niedriglohnempfängern beschäftigen. Der größte Zuwachs findet sich im Gastgewerbe, wo ein Drittel der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten weniger als 8,50 Euro die Stunde verdient. Auch im Einzelhandel mit einem Niedriglohnanteil von 50 Prozent legte die Beschäftigung überdurchschnittlich zu (Grafik). Viele dieser neuen Arbeitsplätze geraten durch den geplanten gesetzlichen Mindestlohn in Gefahr.

Die Niedriglohnbranchen boomen

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Branchen mit dem höchsten Anteil an Arbeitnehmern, die weniger als 8,50 Euro je Stunde verdienen, in 1.000

	2008	2013	Zunahme gegenüber 2008 in Prozent
Gastgewerbe	556	644	15,9
Land- und Forstwirtschaft	217	236	9,2
Einzelhandel	2.062	2.220	7,6
Herstellung von Nahrungsmitteln	567	585	3,3
Arbeitnehmerüberlassung	765	771	0,8
Beschäftigung insgesamt	27.458	29.269	6,6

jeweils Ende Juni; Ursprungsdaten: Bundesagentur für Arbeit

Mehr Risiken als Chancen

Klimawandel. Die global agierenden Großunternehmen in Deutschland spüren die Folgen des Klimawandels immer deutlicher – vor allem staatliche Regulierungen. 

Das Carbon Disclosure Project (CDP) ist eine Non-Profit-Organisation mit Hauptsitz in London, die Investoren mit umweltrelevanten Informationen versorgt. Dazu erhebt das CDP seit dem Jahr 2000 Daten der weltweit größten börsennotierten Unternehmen.

Eine Umfrage 2012 unter den 30 DAX-Unternehmen – von denen 25 ihre Daten öffentlich zugänglich gemacht haben – zeigt: Für die Firmen bestehen die größten Auswirkungen des Klimawandels nicht etwa in den natürlichen Folgen wie mehr Niederschlag oder höhere Temperaturen, sondern darin, dass der Gesetzgeber eingreift und zum Beispiel den CO₂-Ausstoß reguliert und andere Umweltvorschriften erlässt. Zwar sehen 72 Prozent der Unternehmen darin Risiken für ihre Geschäfte, doch sogar 84 Prozent erkennen in der Regulierung auch Chancen, etwa durch die Produktion und den Absatz von neuen Umwelttechnologien.

Ganz ähnlich verhält es sich mit den Auswirkungen, die am zweithäufigsten genannt wurden: „sonstige klimabezogene Entwicklungen“ wie die Reputation einer Firma als umweltfreundlicher Hersteller oder die Wettbewerbsfähigkeit. Auch hier überwiegen die Chancen (84 Prozent) die Risiken (60 Prozent), das heißt, die DAX-Unternehmen glauben, dem Klimawandel letztlich eher Vorteile abzugewinnen zu können.

Umgekehrt ist es beim dritten und letzten Punkt, den natürlichen Veränderungen durch den Klimawandel. Denn hier übersteigen die Risiken (56 Prozent) deutlich die Chancen (48 Prozent).

Risiken. Gefragt, welche negativen Auswirkungen der Klimawandel für sie hat, geben die Unternehmen als häufigste Antwort: „Unterbrechung der Produktion“ bzw. „weniger Produktionskapazitäten“ – 51 Prozent aller Nennungen entfallen auf diesen Punkt (Grafik).

Das zweitgrößte Risiko betrifft mit 29 Prozent der Nennungen die höheren Kosten, die zur Aufrechterhaltung des operativen Geschäftsbetriebs notwendig sind. Dazu zählen vor allem die Preise für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe.

Chancen. Oben auf der Liste der positiven Auswirkungen des Klimawandels steht für die 25 DAX-Unternehmen die erhöhte Nachfrage nach bereits existierenden (44 Prozent) bzw. neuen (37 Prozent) Produkten und Dienstleistungen, die mit dem Klimawandel zu tun haben – etwa der wachsende Bedarf an Klimaanlagen. Immerhin 15 Prozent geben sinkende Betriebskosten an, weil sich die Firmen durch den Klimawandel beispielsweise niedrigere Energiekosten versprechen.



aus IW-Trends
1/2014

Esther Chrischilles,
Mahammad Mahammadzadeh:

Wahrnehmung des Klimawandels in deutschen Großunternehmen – Erkenntnisse aus dem Carbon Disclosure Project
www.iwkoeln.de/klimawandel

Klimawandel:

Die Risiken

Lesebeispiel: 25 DAX-Unternehmen sollten benennen, welche negativen Auswirkungen klimatische Veränderungen wie höhere Temperaturen oder mehr Niederschlag für sie haben – 51 Prozent aller Nennungen entfielen auf „Unterbrechung der Produktion“.



Klimawandel:

Die Chancen

Lesebeispiel: 25 DAX-Unternehmen sollten benennen, welche positiven Auswirkungen klimatische Veränderungen wie höhere Temperaturen oder mehr Niederschlag für sie haben – 44 Prozent aller Nennungen entfielen auf „Höhere Nachfrage“.



Ursprungsdaten:
Carbon Disclosure Project 2012

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Bitte recht freundlich

Willkommenskultur. Der demografische Wandel führt in Deutschland zu Fachkräftengaps und Problemen in den umlagefinanzierten Sozialsystemen. Qualifizierte Zuwanderung aus dem Ausland könnte diesen Entwicklungen entgegenwirken. Dazu braucht Deutschland nicht nur liberale Zuwanderungsregelungen, sondern auch eine gelebte und offene Willkommenskultur. 

Deutschland ist Einwanderungsland: Im Jahr 2012 kamen fast 370.000 Menschen mehr in die Bundesrepublik, als von hier weggezogen. Und „die Neuen“ sind gut ausgebildet: Der Anteil an Akademikern unter jenen Zugewanderten, die in den vergangenen zehn Jahren nach Deutschland gezogen sind, liegt mit 27 Prozent über dem der deutschen Gesamtbevölkerung (18 Prozent).

Dies ist aber kein Grund, sich zurückzulehnen: Denn der Großteil der Migranten, die sich in Deutschland ansiedeln, stammt aus Europa. Die meisten Zuwanderer kamen 2012 aus Polen, Rumänien und Bulgarien. All diese Länder haben jedoch selbst demografische Probleme.

Damit der Zustrom an qualifizierten Fachkräften nicht abebbt, muss Deutschland deshalb verstärkt um Zuwanderer aus Ländern werben, in denen die Bevölkerung stetig

wächst. Dies ist vor allem in Süd- und Südostasien der Fall.

Um Einwanderer zu gewinnen, wird es jedoch nicht ausreichen, die Zugangswege für Angehörige aus Drittstaaten weiter zu öffnen – zum Beispiel mit der Blauen Karte EU. Menschen aus dem Ausland müssen gezielt angesprochen und auf dem Weg in den deutschen Arbeitsmarkt und die deutsche Gesellschaft begleitet werden. In der Öffentlichkeit hat sich dafür der Begriff der Willkommenskultur etabliert. Den Neuzugewanderten soll das Gefühl vermittelt werden, hierzulande erwünscht und willkommen zu sein – eine Aufgabe, die gleichermaßen auf Behörden, Unternehmen und die Gesellschaft in Deutschland zukommt.

Die meisten Migranten müssen in Deutschland die eine oder andere Hürde bewältigen. Viele Zuwanderer sind über ihre Zukunftsperspektiven

in der Bundesrepublik nur unzureichend informiert. Das betrifft vor allem Visa- und Anerkennungsfragen, aber auch ganz alltägliche Dinge des Lebens. Die größten Probleme, mit denen Ausländer in Deutschland zu kämpfen haben:

- **Bürokratie.** Trotz der schrittweisen Liberalisierung des Zuwanderungsrechts seit 2005 empfinden immer noch viele Zuwanderer aus Drittstaaten die deutschen Einreisebestimmungen als wenig transparent und schwer verständlich. Vor allem die Vergabe der Aufenthaltstitel wird oft als undurchsichtig und langwierig angesehen. Wünschenswert wäre ein elektronisches System der Aktenführung, das es Zuwanderern ermöglicht, Visaanträge online zu stellen und Verfahrensprozesse abzufragen. Um ausländischen Fachkräften langfristig eine Perspektive in Deutschland zu bieten, sollte zudem die Blaue Karte EU ohne Befristung ausgegeben werden.
- **Anerkennung von Abschlüssen.** Während die Hochschulen bei der Prüfung ausländischer Hochschulabschlüsse relativ gut aufgestellt

Fremdsprachen: Osteuropäer büffeln am fleißigsten

So viel Prozent der Bevölkerung, die von einem EU-Mitgliedsland in ein anderes umziehen wollen, haben 2009 zur Vorbereitung eine neue Sprache gelernt





sind, lässt die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse häufig zu wünschen übrig. Laut einer Umfrage hat jeder zehnte Europäer große Bedenken, ob seine Qualifikationen im europäischen Ausland anerkannt werden. Um den Zuzug von Fachkräften zu fördern, ist es deshalb unerlässlich, klare Regelungen und einfache Verfahren für die Anerkennung ausländischer Abschlüsse zu schaffen.

- **Sprache.** Sprachliche Defizite von Bewerbern sind gerade für die von Fachkräftengruppen betroffenen kleinen und mittleren Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe besonders hinderlich. Aber auch für die Zuwanderer selbst sind mangelnde Sprachkenntnisse die größte Hürde bei der Arbeitsplatzsuche. In der Europäischen Union lernen daher viele Auswanderungswillige bereits in ihrem Heimatland eine neue Sprache (Grafik Seite 4).

Dennoch können Arbeitgeber in Deutschland nicht davon ausgehen, dass alle ausländischen Fachkräfte bereits mehr oder minder perfekt Deutsch sprechen. Um ihnen die Jobsuche zu erleichtern, sollten Un-

ternehmen deshalb Stellenausschreibungen auch in Englisch veröffentlichen.

- **Informations- und Beratungsangebote.** Potenzielle Zuwanderer spricht man am besten bereits in ihrem Heimatland mit Informations- und Beratungsangeboten an. Dies kann über Internetplattformen wie das Willkommensportal www.make-it-in-germany.com geschehen oder auch über spezielle Ansprechpartner in den deutschen Institutionen im Ausland – etwa in den Auslandshandelskammern. Ebenso wünschenswert wären unbürokratische Möglichkeiten, das Leben in Deutschland kennenzulernen, beispielsweise in Form von Praktika oder Studienaufenthalten.

In Deutschland selbst sollten die Behördengänge für Zuwanderer gebündelt werden, sodass Neuankömmlinge nicht nur in Visa-, sondern auch in Bildungs-, Integrations- und Beschäftigungsangelegenheiten von einer Stelle beraten werden. Solche One-Stop-Shops nach dem

Modell des Hamburger Welcome Centers wären in allen deutschen Kommunen wünschenswert und auch in den Auslandsvertretungen denkbar.

- **Gesellschaftliche Akzeptanz.** Derzeit haben viele Deutsche eine ambivalente Haltung gegenüber Zuwanderern (Grafik):

Zwar stehen 69 Prozent der Deutschen Migranten positiv gegenüber, beinahe genauso viele fürchten aber auch, dass sie eine Belastung darstellen könnten.

Für eine Willkommenskultur in der Gesellschaft ist also noch Überzeugungsarbeit zu leisten. Um mehr Offenheit zu erreichen, könnten zum Beispiel die positiven Aspekte der Zuwanderung stärker in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerückt werden. Dazu zählen etwa Best-Practice-Beispiele wie gelungenes Diversity-Management in Unternehmen oder individuelle Erfolgsgeschichten von Migranten.

iw Information

**IW-Positionen
Nr. 65**

Justina Alichniewicz, Wido Geis, J. Michaelle Nintcheu:
Willkommenskultur – Wie Deutschland für ausländische Fachkräfte attraktiver werden kann, Köln 2014, 44 Seiten, 11,80 Euro

**Versandkostenfreie Bestellung unter:
www.iwmedien.de/bookshop**

Schottische Entscheidung

Vereinigtes Königreich. Am 18. September 2014 stimmen die Schotten darüber ab, ob sich ihr Land vom Vereinigten Königreich unabhängig macht oder nicht. Entscheiden sie sich dafür, hätte das weitreichende Folgen – bis hin zum Verlust der EU-Mitgliedschaft.

Alba gu bràth! – Schottland für immer – lautet der schottisch-gälische Ruf, mit dem wohl bereits König Robert The Bruce 1314 in die Schlacht von Bannockburn zog. Die Schotten schlugen Eduard II. und seine englischen Truppen vernichtend und sicherten sich ihre – zwischenzeitliche – Unabhängigkeit.

Schottland ist seit 1707 politisch mit England vereint (Zeitleiste). In zwei Jahren könnte es wieder unabhängig sein, wenn die Schotten dem Willen ihrer Regierung folgen und für eine Selbstbestimmung eintreten.

Schottland will sich zwar vom Vereinigten Königreich lossagen – doch das Pfund, die EU-Mitgliedschaft und die Queen möchte Regierungschef Alex Salmond behalten.

Falls Schottland das Vereinigte Königreich verlässt, ist es jedoch nach Ansicht hoher EU-Vertreter auch nicht mehr automatisch Mitglied und Vertragsstaat der Union, sondern ein Drittland. Es könnte zwar den Beitritt zur EU beantragen,

allerdings ist es nicht sicher, ob alle Mitgliedsstaaten dem zustimmen würden. Und wer zur EU gehören will, muss auch prinzipiell bereit sein, den Euro einzuführen. Schottland möchte aber im Rahmen einer Währungsunion mit England, Wales und Nordirland das Pfund behalten.

Die britische Regierung hat eine Währungsunion mit einem unabhängigen Schottland jedoch bereits ausgeschlossen, denn eine gemeinsame Währung setzt weitreichende wirtschaftspolitische Koordinierungen und eine Risikoteilung voraus.

Können die Schotten auch ohne Pfund den Alleingang wagen? Wirtschaftlich stehen sie immerhin nur wenig schlechter da als der Durchschnitt des Vereinigten Königreichs, der zudem durch London nach oben getrieben wird. Das Bruttoinlandsprodukt betrug 2011 je Einwohner 26.200 Euro, das waren 104 Prozent des Durchschnitts der 28 EU-Mitgliedsländer. Schottland hat 5,3 Millionen Einwohner, die 8,3 Prozent

der gesamten Bevölkerung des Vereinigten Königreichs ausmachen und 8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erwirtschaften.

Von der Finanz- und Wirtschaftskrise war Schottland weniger stark betroffen als das gesamte Land, allerdings fiel das reale Wachstum seit 2010 auch schwächer aus (Grafik Seite 7). Eine Loslösung vom Vereinigten Königreich könnte jedoch turbulente Folgen haben und die schottische Wirtschaft schwächen.

Die Regierung verspricht in ihrem 670 Seiten langen Weißbuch „Scotland's future“ – Schottlands Zukunft – auch sozialpolitische Veränderungen: Unter anderem sollen die Schotten früher als von der britischen Regierung geplant in Rente gehen können (das durchschnittliche Renteneintrittsalter im Vereinigten Königreich lag 2009 bei 63 Jahren), die Kinderbetreuung soll verbessert und Sparmaßnahmen sollen zurückgenommen werden, die von London verordnet wurden.

Viele Schotten fühlen sich von der britischen Regierung in Westminster ungerecht behandelt. Sie tue nichts gegen das geografische Ungleichgewicht: Neue Jobs, Bevölkerungs-

Tausend Jahre schottische Geschichte



Um 1000: Schottland ist kein gefestigter Staat. Könige beherrschen das schottische Tiefland im Süden, die „Clans“, traditionelle Familienverbände, regieren in den Highlands.

1296: Aneignung Schottlands durch den englischen König Eduard I.

1297: In der Schlacht von Stirling Bridge siegt William Wallace über die englischen Truppen.

1314: Unter König Robert I. The Bruce erlangen die Schotten in der Schlacht von Bannockburn ihre nationale Unabhängigkeit von England.

1603: Jakob I., Sohn der abgedankten schottischen Königin



Maria Stuart, vereint als König von England beide Kronen.

1707: Durch den Act of Union wird Schottland formal mit England zum Königreich

Großbritannien vereint. Schottland löst sein Parlament auf und schickt Abgeordnete ins Parlament von Westminster.

1746: Eine schottische Clan-Armee unter Bonnie Prince Charlie

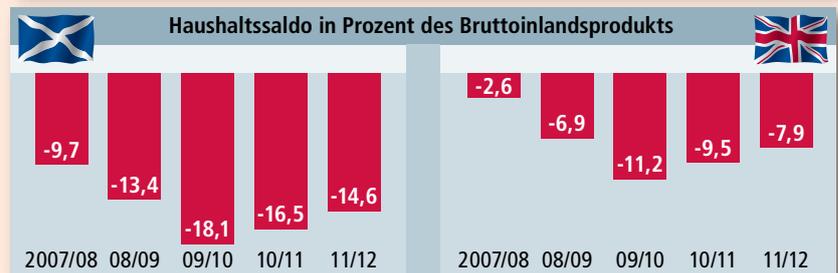
wachstum und Investitionen würden sich in erster Linie auf London und den Südosten Englands konzentrieren. Die schottische Regierung will dem entgegenwirken und ihr Land noch attraktiver machen: Niedrigere Unternehmenssteuern und ein einfacheres Steuersystem könnten die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen verbessern. Laut der Beratungsfirma Ernst & Young stellt Schottland mit Glasgow und Edinburgh nach London bereits die beliebtesten Standorte für ausländische Investoren in Großbritannien.

Ein großes Plus der schottischen Wirtschaft ist die Ölförderung in der Nordsee:

Mehr als 90 Prozent der britischen Ölreserven liegen in schottischen Gewässern.

Auf Schottland entfallen damit rund 60 Prozent des konventionellen Ölvorkommens der Europäischen Union. Das Land möchte allein über die Einnahmen aus dem Ölgeschäft verfügen, was derzeit nicht der Fall ist. Immerhin brachte die Ölförderung laut dem Wirtschaftsmagazin Economist 2013 Steuereinnahmen von 6,5 Milliarden Pfund ein. Es ist jedoch ungewiss, wie lange die Vorkommen in der Nordsee noch ausreichen. Experten warnen davor, dass sie in zehn Jahren bedeutungslos sein könnten.

Schottland versus Vereinigtes Königreich



Haushaltssaldo: Vereinigtes Königreich mit, Schottland ohne Einnahmen aus Ölförderung
 Ursprungsdaten: Eurostat, Internationaler Währungsfonds, Regierung von Schottland

Institut der deutschen Wirtschaft Köln
 © 2014 IW Medien - wsd 11

Bisher hält sich die Begeisterung der Schotten für eine erneute Unabhängigkeit in Grenzen: In einer Umfrage Ende Februar gab nur gut ein Drittel der Bevölkerung an, sich von England lösen zu wollen. Doch die

regierende Scottish National Party setzt darauf, dass der Zeitpunkt des Referendums im September Emotionen freisetzt – genau 700 Jahre nach dem geschichtsträchtigen Sieg von Bannockburn.



kämpft bei Culloden ein letztes Mal für die Rückkehr der Stuarts auf den schottischen Thron. Doch die Engländer schlagen sie vernichtend.

1934: Erneute Bestrebungen zur schottischen Unabhängigkeit beantwortet London mit mehr Selbstbestimmungsrechten für die Schotten.



1969: Beginn der Ölförderung vor der schottischen Küste, wodurch die Unabhängigkeitsdebatte erneut angefacht wird.

1979: Eine Volksabstimmung zur Unabhängigkeit Schottlands scheitert an zu geringer Wahlbeteiligung.

1997: In einem weiteren Volksentscheid stimmen fast drei von vier Schotten für ein eigenes Parlament.

1999: Ein neues schottisches Parlament – zuständig für innerschottische Angelegenheiten – wird am 30. Juni gewählt.

18. September 2014: Referendum über die Unabhängigkeit Schottlands vom Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland ab 2016.



Der kleine Unterschied

Equal Pay Day. Frauen verdienen im Durchschnitt deutlich weniger als Männer. Verantwortlich dafür sind viele Faktoren – aber vor allem lange Baby-pausen.

Genau wie im vergangenen Jahr fällt der Equal Pay Day 2014 auf den 21. März. Der Tag markiert den Zeitpunkt, bis zu dem Frauen rein rechnerisch über den Jahreswechsel hinaus arbeiten müssten, um den gleichen durchschnittlichen Vorjahresverdienst wie Männer zu erhalten. Im Jahr 2012 verdienten Frauen laut Statistischem Bundesamt im Schnitt 22 Prozent weniger als Männer.

Im internationalen Vergleich schneidet Deutschland damit in puncto Entgeltunterschied auf den ersten Blick ziemlich schlecht ab (Grafik). Dafür gibt es jedoch eine mögliche Erklärung: In vielen Ländern mit einer niedrigen Entgelt-lücke gehen längst nicht so viele Frauen mit einfachen oder mittleren

Schulabschlüssen arbeiten wie in Deutschland:

Von den 15- bis 64-jährigen Frauen, die höchstens einen Realschulabschluss haben, sind hierzulande immerhin 46 Prozent berufstätig.

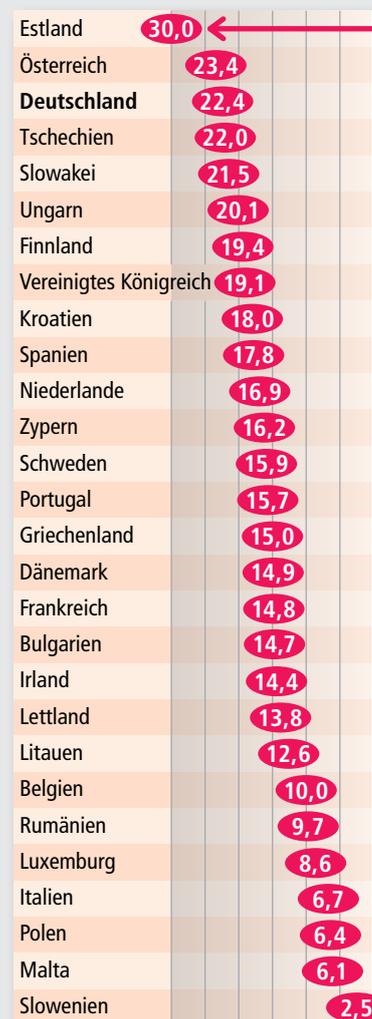
In Polen und Italien dagegen finden solche Frauen oft gar keine Arbeit. Dort haben nur 18 Prozent beziehungsweise 30 Prozent der gering oder mittelqualifizierten Frauen einen Job. Dementsprechend fallen die durchschnittlichen Verdienste von berufstätigen Frauen in beiden Ländern höher aus und die Verdienstunterschiede zwischen Frauen und Männern sind kleiner.

Um die Lohnlücke – den Gender Pay Gap – in Deutschland zu erklären, müssen weitere Faktoren berücksichtigt werden. Denn neben dem Bildungsniveau spielen für die Höhe des Verdienstes auch Arbeitsumfang, Berufserfahrung, Betriebszugehörigkeit und Erwerbspausen eine Rolle. Betrachtet man zum Beispiel Arbeitnehmerinnen, die sich von ihren männlichen Kollegen lediglich in dem Punkt unterscheiden, dass sie eine Babypause von maximal 18 Monaten gemacht haben, schrumpft der Entgeltunterschied auf nur noch 2 Prozent zusammen.

Solche kurzen Auszeiten lassen sich nur realisieren, wenn ausreichend Kitaplätze für unter 3-Jährige

Entgeltlücke in der EU

Um so viel Prozent lagen die Bruttostundenverdienste von Frauen im Jahr 2012 unter den Männerverdiensten



Griechenland: 2010; teilweise vorläufige Daten; Quelle: Eurostat

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Adressaufkleber

zur Verfügung stehen. Das aber ist nicht der Fall: Dem Statistischen Bundesamt zufolge lag die Betreuungsquote im März 2013 lediglich bei 29 Prozent – der geschätzte Bedarf beträgt laut Deutschem Jugendinstitut aber 39 Prozent.

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer (verantwortlich)

Redaktion: Andreas Wodok (Textchef), Irina Berenfeld, Berit Schmiedendorf, Sara Schwedmann, Alexander Weber

Redaktionsassistent: Ines Pelzer

Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen

Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iw@iwkoeln.de

Bezugspreis: € 8,84/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer, Erscheinungsweise wöchentlich

Abo-Service: Therese Hartmann, Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de

Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Dem iwD wird einmal monatlich (außer Juli und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: www.pressemonitor.de

iW.KÖLN. WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.